



## MP Bodo Ramelow: „Lasst uns Thüringen zukunftsfester machen!“

Mit der Wahl des ersten LINKEN Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik erlebten der Thüringer Landtag und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die die Live-Übertragung im MDR-Fernsehen verfolgt hatten, am Freitag, den 5. Dezember 2014, eine denkwürdige Plenarsitzung.

Die Spannung war förmlich mit Händen zu greifen und die Freude unbeschreiblich als im zweiten Wahlgang die Entscheidung fiel.

Ministerpräsident Bodo Ramelow wandte sich in seiner ersten Rede nach seiner Vereidigung auch an diejenigen, die ihm nicht das Vertrauen ausgesprochen hatten. Er warb für einen fairen, respektvollen Umgang auch unter politischen Kontrahenten und betonte: Vor allem aber muss Politik wieder näher an die Menschen gebracht werden, „damit sie sich wieder einmischen in die Demokratie, die sie sich vor 25 Jahren erkämpft haben“, und „wir müssen einen Blick haben für die Menschen, die uns nicht mehr zutrauen, die politischen Verhältnisse zu bessern.“

Wichtig sei es ihm, dass „die Staatskanzlei ein offenes Haus wird für das Parlament und für die regierungstragenden Parteien“. Und „wir müssen Zeichen setzen für die Menschen, die sich in Thüringen nicht mehr eingebunden fühlen. Langzeitarbeitslose, Menschen, die in der Altersarmut sind, an die müssen wir denken. Daran müssen wir uns messen lassen und deshalb haben wir ein ehrgeiziges Programm, an dem wir auch gemessen werden wollen“.

Großes Hallo und jubelnder Applaus, herzliche Umarmungen und Glückwünsche, als der neue Regierungschef nach der Ernennung der rot-rot-grünen Minister-



*Glückwünsche für den neu gewählten Thüringer Ministerpräsidenten von Anja Siegesmund, zu dem Zeitpunkt noch Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, kurze Zeit später wird sie von Bodo Ramelow in sein Kabinett berufen als Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Energie.*

*Fotos: Peter Lahn (oben); Frank Schwarz (2)*



riege im Fraktionssaal „Käte Duncker“ angelangt war. Auch hier richtete er einige Worte an die politischen Weggefährten, Freunde und Sympathisanten, die sich hier zahlreich eingefunden hatten. Die Ein-Stimmen-Mehrheit im Parlament bezeichnete er als eine große Herausforderung für die Arbeit seines Kabinetts.

Bodo Ramelow kündigte im Sinne der Übertragung von humanitärem Handeln in Verwaltungshandeln als ersten Beschluss der rot-rot-grünen Landesregierung einen Winterabschiebstopp für Flüchtlinge an. Bis Dienstag dieser Woche werde das Kabinett eine entsprechende Verfügung auf den Weg bringen.

Nun gelte es, den Koalitionsvertrag mit Leben zu erfüllen, so der Regierungschef, und er rief auf: „Lasst uns Thüringen zukunftsfester machen!“







# Handschlagverweigerung ist rechtlich zulässig

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag zeigte sich erfreut angesichts des Ergebnisses der Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Meiningen am 25. November. Der Thüringer NPD-Landesvorsitzende und Eisenacher Stadtrat Patrick Wieschke hatte gegen die Oberbürgermeisterin von Eisenach, Katja Wolf (LINKE), geklagt, weil diese im Juni bei der Vereidigung der kommunalen Mandatsträger auf den Handschlag mit den drei NPD-Stadträten, darunter Wieschke, verzichtete.

Das Verwaltungsgericht erkannte keine rechtliche Pflicht, den NPD-Mann per Handschlag zu verpflichten und lehnte seine Klage formal ab.

Bereits am 26. August hatte die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage (DS 5/8138) der LINKE-Abgeordneten Katharina König geantwortet, dass die Thüringer Kommunalordnung eine solche Pflicht nicht erkennen lasse.

## Rechten Straftätern die kalte Schulter zeigen

Wörtlich hieß es, dass es seitens der Landesregierung für ausreichend erachtet werde, „wenn das Gemeinderatsmitglied durch ausdrückliche Erklärung bestätigt und bekräftigt, dass es sich der besonderen Bedeutung des Ehrenamtes des Gemeinderatsmitgliedes bewusst ist und sich zur gewissenhaften Pflichterfüllung bereit erklärt. Eine Verpflichtung im Sinne des Paragraphen 24 Abs. 2 Satz 1 Thüringer Kommunalordnung setzt danach nicht zwingend einen ‚Handschlag‘ voraus. Eine diesbezügliche Bestätigung der Verpflichtung der Gemeinderatsmitglieder ist ledig-

lich ordnungspolitischer Natur und zieht bei entsprechender Unterlassung weder den Amtsverlust des Gemeinderatsmitgliedes nach sich, noch liegt eine Amtspflichtverletzung des Bürgermeisters vor“.

Auch das Gericht bezog sich auf diese Ausführungen. Dazu erklärte Katharina König: „Es ist gut, dass nun auch durch ein Gericht Rechtssicherheit dahingehend gegeben wurde, dass Landräte und Bürgermeister in Thüringen keine Konsequenzen zu erwarten haben, wenn sie Neonazis und vorbestraften Volksverhetzern den Handschlag bei der Vereidigung verweigern. Es bleibt zu hoffen, dass auch bei künftigen Wahlen weitere kommunale Parlamente und deren Vorsteherinnen und Vorsteher mit dieser symbolischen Geste menschenverachtendem Gedankengut und rechten Straftätern die kalte Schulter zeigen.“

Auf die Frage, welche weiteren Städte und Gemeinden auf den Handschlag gegenüber NPD-Vertretern 2014 verzichteten, benannte die Landesregierung die Städte Greiz, Meiningen, Bad Frankenhausen sowie Ebeleben.

## Die Gerichtsverhandlung im Pressespiegel

Die Thüringische Landeszeitung (TLZ) berichtete über die Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Meiningen (Ausgabe v. 26.11.) u.a.:

„Wolf hatte dagegen argumentiert, dass dem Handschlag eher eine symbolische Bedeutung zukomme. Ihr sei es wichtig, so Wolf vor Gericht, in ihrem Handeln als OB parteineutral zu agieren. Deshalb habe die NPD im Rat selbstverständlich auch alle ihr

zustehenden Rechte. Die Pflicht zum Handschlag allerdings verletze ihre Persönlichkeitsrechte und Intimsphäre. Wieschke sei nun einmal mehrfach vorbestraft ‚wegen Delikten, die es mir persönlich unmöglich machen, einem solchen Menschen die Hand geben zu wollen‘. Ein Handschlag sei durch den Körperkontakt immer etwas sehr Persönliches. Und es sei, so Wolf, auch das Signal, öffentlich das Willkommen zu signalisieren. ‚Ich persönlich möchte aber da kein Willkommen signalisieren‘. Im übrigen habe Wieschke im Kommunalwahlkampf selbst mit ‚öffentlichen Hassreden gegen meine Person agiert, dass ich es schon deshalb für unzumutbar halte, ihm die Hand geben zu müssen‘.

Unter der Überschrift „Kein Handschlag für Patrick Wieschke“ berichteten „Freies Wort“ und „Südthüringer Zeitung“ (26.11.):

„Die Oberbürgermeisterin habe sich nicht ihrer Pflicht entsprechend verhalten, befindet der Anwalt von Patrick Wieschke - er fühlt sich an das ‚indische Kastenwesen‘ erinnert, in dem es ‚Unberührbare‘ gebe. Und sein Mandant beklagt, dass auf Anschreiben, die er bekomme, der ‚sehr geehrte Herr‘ ebenso fehle wie ‚freundliche Grüße‘ (...)

Die Klage wird als unzulässig abgewiesen, alle Kosten hat der Kläger - Patrick Wieschke - zu tragen. Kommunale Wahlbeamte hätten die Vorschriften, zu denen auch Gleichbehandlung gehöre, einzuhalten, sagt der Vorsitzende Richter. Im persönlichen Verhalten dürfe die Oberbürgermeisterin ihre Grundüberzeugungen zum Ausdruck bringen - „das kann man nicht verbieten“. Außerdem habe „die Handschlagverweigerung keinerlei rechtliche Folgen“. ■

## Rot-Rot-Grün will Kommunen stärken

Die Kommunen finanziell zu stärken, ist erklärtes Ziel einer künftigen rot-rot-grünen Landesregierung. Für 2015 soll es nochmals eine finanzielle Soforthilfe besonders für Gemeinden mit finanzieller Schieflage geben. Ab 2016 soll der kommunale Finanzausgleich, der die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen regelt, neu gefasst werden. Für die kommunale Soforthilfe sollen große Teile der erwarteten Überschüsse aus dem Haushaltsjahr 2014 verwendet werden, prognostiziert wird eine Summe von etwas mehr als 100 Millionen Euro. Verwendet werden sollen 2015 die Mittel sowohl für Investitionen (z.B. in Schulen) als auch für direkte Hilfen an Kommunen in Not.

Und notleidende Kommunen gibt es in Thüringen zahlreiche. Über 100 der rund 840 Kommunen haben für 2014 immer noch keinen Haushalt. Jede vierte Kommune hat keine Rücklage mehr, jede Zweite konnte nur durch Entnahmen aus den Rücklagen und Vermögensverkauf ihre Haushalte ausgleichen. Rund 50 Kommunen sind finanziell handlungsunfähig und brauchen dringend Landeshilfen. Diese Zahlen zeigen, dass die kommunale Finanzkrise in Thüringen nicht so wie die CDU behauptet, nur Einzelfälle betrifft, sondern als flächendeckend anzusehen ist. MdL Frank Kuschel ■

## FRAKTION IN AKTION

### Besserer Opferschutz

„Wer Opfer von häuslicher oder sexualisierter Gewalt wird, braucht vor allem verlässliche Hilfsangebote und Auswege aus dem persönlichen Elend“, so Karola Stange, Abgeordnete der Linksfraktion, anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November und mit Blick auf den Koalitionsvertrag. Lange blockiert war die Fortschreibung des Maßnahmenplans gegen häusliche Gewalt. Überfällig ist auch, wieder eine Koordinierungsstelle für die vielen Akteurinnen und Akteure, die sich im Gewaltschutz engagieren, einzurichten. „Ich bin zuversichtlich, dass wir beim Schutz von misshandelten Frauen mit einer rot-rot-grünen Regierung weiterkommen“, betonte die LINKE Politikerin und sprach von einem „überfälligen Schritt nach langem Stillstand.“ ■

### „Man mogelt nicht mit den Fragen eines Kindes“

Passagen aus einem Buch, das ihn selbst als Grundschüler im Ethik-Unterricht begeistert hatte, trug der LINKE Landtagsabgeordnete Christian Schaft, der über sein Jugendwahlkreisbüro RedRoXX im Rahmen des 11. bundesweiten Vorlesetages am 21. November angefragt worden war, an der Johannesschule in Erfurt vor. „Papa was ist ein Fremder? – Gespräche mit meiner Tochter“, so der Titel des Sachbuchs von Tahed Ben Jeloun, das der jüngste Landtagsabgeordnete und Kommunikationswissenschaftler im Gepäck hatte. Und die Schülerinnen und Schüler der 3. und 4. Klassen lauschten gespannt.

Dabei kann Christian Schaft bestätigen, was der französische Autor mit marokkanischen Wurzeln gesagt hatte: „Ein Kind ist neugierig. Es stellt viele Fragen und es erwartet präzise und



überzeugende Antworten. Man mogelt nicht mit den Fragen eines Kindes (...). Dieses Buch, das versucht, auf die Fragen meiner Tochter zu antworten, richtet sich an Kinder, die noch keine Vorurteile haben und befragen wollen. Was die Erwachsenen angeht, die es lesen, so hoffe ich, dass es ihnen helfen wird, die Fragen ihrer eigenen Kinder, oft verstörender, als man glaubt, zu beantworten.“

Auch andere Landtagsabgeordnete der LINKEN hatten sich am Vorlesetag in ihren Wahlkreisen vor allem in Kindereinrichtungen und Schulen beteiligt. ■



# Unter den Anforderungen einer Regierungsbeteiligung

Eine Klausurtagung zur künftigen Arbeit der Fraktion hat DIE LINKE im Thüringer Landtag am 24. und 25. November in Elgersburg im „Haus am Wald“ durchgeführt. Zunächst standen die Anforderungen einer Regierungsbeteiligung an die Fraktionsarbeit auf der Tagesordnung der Beratung mit den Abgeordneten und Mitarbeitern. Dazu sprachen Christian Görke, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister von Brandenburg, sowie Prof. Dr. Benjamin Hoff, früherer Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin. Beide Gäste berichteten über ihre Erfahrungen aus der Regierungsarbeit und regten mit ihren Beiträgen eine inhaltreiche Debatte an.

Die Klausurberatung fand in einer wichtigen Phase der neuen Legislatur, nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen und vor der Neuwahl des Thüringer Ministerpräsidenten, statt. Im Sinne des rot-rot-grünen Koalitionsvertrages „Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch“ verständigten sich die Abgeordneten über ihre hohe Verantwortung für die Zukunft des Freistaates und signalisierten dem Fraktionsvorsitzenden und designierten Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow, ihre volle Unterstützung.

## „Rechtzeitig eigene Positionen abklären“

Von großem Interesse waren die zu Beginn der Tagung von Christian Görke, stellvertretender Ministerpräsident des Landes Brandenburg und Vorsitzender der Landespartei, vorgebrachten Erfahrungen der LINKEN in Regierungsverantwortung und die wichtige Rolle der Fraktion als parlamentarische Kraft.

Im „strategischen Dreieck“ Partei, Fraktion, Regierung habe die Fraktion eine wichtige Rolle, sagte Christian Görke und verwies vor allem auf die „Scharnierfunktion in der Kommunikation nach innen und außen“. Aus

den Erfahrungen der Regierungsbeteiligungen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin habe sich vor allem auch herauskristallisiert, wie notwendig es ist, „dekungsgleiche Arbeitsstrukturen aufzubauen, „rechtzeitig eigene Positionen abzuklären“ und engen Kontakt

men werden“. In der Diskussion hatte u.a. Steffen Harzer das Wort ergriffen. Der ehemalige Bürgermeister von Hildburghausen und neugewählte Landtagsabgeordnete hat seine Erfahrungen vor allem auch mit dem Suchen und Finden von Kompromissen gemacht. Es sei dabei unerläss-

Reihen der Partei, sondern aus allen Schichten der Thüringer Bevölkerung erfahre sie in diesen Wochen eine überwältigende Zustimmung. „Nach 25 Jahren gibt es in Thüringen die reale Chance, unter Führung eines linken Ministerpräsidenten Politik für und mit den Men-



Auf der ersten Klausurtagung der neugewählten 28 Landtagsabgeordneten der Linksfraktion in Elgersburg: Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow und André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer, begrüßen Christian Görke (Bildmitte), der seit Januar der Minister der Finanzen des Landes Brandenburg ist sowie Landesvorsitzender der LINKEN. Mit der Neuaufgabe der rot-roten Koalition im November übernahm er auch das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Foto: St. Wogawa

mit den außerparlamentarischen Partnern (Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden) zu halten. Ein „ausdrückliches Plädoyer“ hielt Christian Görke für die kommunale Verankerung der Landtagsabgeordneten.

Benjamin Hoff nannte als Schlüsselworte für die künftige Arbeit der LINKEN unter den Bedingungen der Regierungsbeteiligung: Solidarität, Akzeptanz (unterschiedlicher Interessen), Verlässlichkeit, Kommunikation, Vertrauen. Die Fraktion müsse natürlich als „eigener handlungsfähiger politischer Akteur auch wahrgenom-

lich, sich auch einmal zurücknehmen zu können, und solche Eigenschaften, wie „Hören, Aufnehmen, Verstehen“ bekämen eine wachsende Bedeutung. Vor allem müsse „viel miteinander geredet werden“.

Susanne Hennig-Wellsow, Abgeordnete der Linksfraktion und Vorsitzende der Thüringer Linkspartei, berichtete auf der Klausurtagung über die Koalitionsverhandlungen und den bereits in den ersten Tagen hervorragend angelaufenen Mitgliederentscheid zu den Eckpunkten des Koalitionsvertrages: Nicht nur aus den

schen zu gestalten. Das ist eine historische Verantwortung, der wir mit aller Kraft gerecht werden wollen“, betonte Susanne Hennig-Wellsow und sprach von einem „großen Schritt nach vorn“, was notwendige Veränderungen betrifft.

Am zweiten Beratungstag hatten die Abgeordneten die künftige Struktur der Fraktion auf der Tagesordnung. Dazu mehr in der nächsten Ausgabe des Parlamentsreports.

## NACHRICHTEN

### Antidiskriminierung

AIDS und HIV werden heute kaum noch als gesellschaftliches Problem wahrgenommen, die Gefahren werden unterschätzt oder vergessen. Anlässlich des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember hatte die Linksfraktion die Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle, wie es im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde, begrüßt. Zwei Drittel der Betroffenen stehen im Beruf. Wird ihre chronische Erkrankung bekannt, droht ihnen immer wieder Stigmatisierung und Isolation. HIV-Infizierte und an AIDS Erkrankte haben Anspruch auf gleiche Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft und des Alltagslebens. Immer noch bestehende Diskriminierungen und Vorurteile müssen schnellstens und vollständig beseitigt werden.



### Alternative Unterstützung geht weiter

Die Alternative 54 Erfurt e.V. setzt ihre Arbeit fort. Wie MdL Diana Skibbe, Vorsitzende des Abgeordnetenvereins, informierte, hat der Verein mit 40 Personen den bisher höchsten Mitgliederbestand, dazu gehören alle neuen Abgeordneten, die Mehrzahl der ausgeschiedenen MdL sowie weitere Unterstützer. Die Zuwendungssumme des Jahres 2014 betrug 57.070 Euro. Somit wurden seit Gründung des Vereins im Jahr 1995 Spenden in Höhe von 967.100 Euro ausgereicht. Das heißt, dass zum 20jährigen Gründungsjubiläum im Frühjahr nächsten Jahres die Eine-Million-Euro-Grenze überschritten wird.

Im Foto MdL Ina Leukefeld bei der Scheckübergabe an den Verein SENIoren HELFEN SENIoren am 26. November in Suhl.

## TERMINE

### Landtagssitzung mit Regierungserklärung:

Nachdem der Thüringer Landtag unter riesigem Medieninteresse am 5. Dezember den neuen Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow gewählt hat und gleich im Anschluss die rot-rot-grüne Landesregierung vereidigt wurde, soll in Erfurt bereits am Freitag, den 12. Dezember, die nächste Plenarsitzung stattfinden, auf der der LINKEN Ministerpräsident seine erste Regierungserklärung abgeben wird.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)



# Auch CDU-Abgeordnete waren schon in der DDR politisch aktiv

**„Von den CDU-Abgeordneten waren etliche schon in der DDR politisch aktiv“, hieß es im „Schwarzbuch CDU-Herrschaft in Thüringen“ der Landtagsfraktion DIE LINKE vom August 2009. Die damalige Analyse bezog sich auf die CDU-Fraktion der vierten Wahlperiode (2004-2009). Wie sieht es in dieser Frage aktuell in der CDU-Landtagsfraktion der sechsten Wahlperiode aus?**

Sie hat in ihren Reihen u.a. immer noch die frühere CDU-Volkskammerabgeordnete Marion Walsmann (seit 2004 im Landtag). Sie gehörte der DDR-Volkskammer von 1986 bis 1990 an und war Mitglied im „Ausschuss für Eingaben der Bürger“.

Am 8. Juni 1989 heißt es in der Volkskammer: „Die Abgeordneten der Volkskammer stellen fest, dass in der gegenwärtigen Lage die von der Partei- und Staatsführung der Volksrepublik China beharrlich angestrebte politische Lösung innerer Probleme infolge der gewaltsamen, blutigen Ausschreitungen verfassungsfeindlicher Elemente verhindert worden ist.

Infolge dessen sah sich die Volksmacht gezwungen, Ordnung und Sicherheit unter Einsatz bewaffneter Kräfte wieder herzustellen. Dabei sind bedauerlicherweise zahlreiche Verletzte und auch Tote zu beklagen.“

Diese Resolution zu den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking wurde ohne Abstimmung verabschiedet. Walsmann droht heute laut eines Zeitungsberichts denjenigen, die behaupten, dass sie dem Massaker zugestimmt habe, mit juristischen Konsequenzen. Irgendein Widerspruch Walsmanns gegen die Resolution ist nicht bekannt.

Christina Liebetrau, neu in der Fraktion, war Mitglied einer FDJ-Bezirksleitung.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Egon Primas (seit 1990 im Landtag) gehörte zum hauptamtlichen Funktionsapparat der DDR-CDU: ab 1987 arbeitete er als hauptamtlicher Kreissekretär des CDU-Kreisverbandes Nordhausen. In der Satzung der CDU der DDR aus dem Jahre 1982 heißt es: „Die CDU ist eine Partei des Friedens, der Demokra-

tie und des Sozialismus. (...) Die unvernünftigen Ausgangspunkte des politischen Denkens und Handelns der christlichen Demokraten sind - Treue zum Sozialismus - vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft und - Freundschaft zur Sowjetunion.“

Die CDU-Landesvorsitzende Christine Lieberknecht, seit 1990 Landtagsmitglied, war FDJ-Sekretärin der Theologiestudenten und seit 1981 Mitglied der DDR-CDU.

Der Fraktionsvorsitzende Mike Mohring (seit 1999 im Landtag) war Mitte der 1980er Jahre Freundschafsratsvorsitzender der POS Otto Grotewohl in Apolda und später Mitglied der FDJ-Leitung seiner Schule.

Henry Worm, 2004 ins Parlament gewählt, gehörte seit 1982 der SED an.

Der parlamentarische Geschäftsführer Volker Emde (1990 - 1994 und seit 1997 im Landtag) war 1989 als Lehrer im DDR-Staatsdienst (u.a. für das Fach Geschichte). (sw)

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Chaos bei CDU und AfD

Alles fing so wunderbar an. „Ich denke, wenn CDU-Fraktionschef Mike Mohring gegen Ramelow antritt, kann er nach menschlichem Ermessen mit allen elf Stimmen der AfD-Fraktion rechnen“, wurde der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke in allerlei Medien zitiert. Mohring sei „ein profilierter Konservativer“, schwadronierte Höcke.

Doch sein menschliches Ermessen hatte eine kurze Halbwertszeit. Und Höcke hätte sich besser anders ausgedrückt. Vielleicht so: „Ich glaube, wenn CDU-Fraktionschef Mohring...“ Denn glauben beginnt ja dort, wo wissen aufhört.

Widerspruch bekam Höcke postwendend - von seinem Stellvertreter Stephan Brandner. Er finde es „absolut falsch“, der CDU eine „Blanko-Vollmacht“ auszustellen, wird Brandner von der Thüringer Allgemeinen zitiert. Es gebe zu Höckes großspurigem Angebot an die CDU keinen Beschluss in Fraktion und Partei.

Brandner (Ex-CDU) hält Mohring sogar für „unwählbar“, denn der sei kein Konservativer, sondern ein „Karrierist“. Und der Paukenschlag: Mit dieser Meinung sei er, Brandner (der sonst wie Höcke und Mohring gegen „Kommunisten“ wettet), in der Fraktion nicht allein. Nicht nur eine kalte Dusche für Mohring - die AfD, gerade erst in den Landtag gewählt, demontiert ihren Chef Höcke und sich selbst im Tiefflug. Und Höcke, der den Mund immer recht voll nimmt, streitet auch noch mit AfD-Bundeschef Lucke - der sei zu wirtschaftsliberal, während es Höcke strammer („konservativ-patriotisch“) mag.

Hinsichtlich des momentanen Chaos muss sich die CDU freilich dahinter nicht verstecken. Für die Wahl des Ministerpräsidenten kündigt man an: „Deshalb wird die CDU rechtzeitig einen eigenen Personalvorschlag unterbreiten.“ Wer das sein soll? Völlig offen. Aber es sind ja auch noch ein paar Tage Zeit.

## „Der lange Marsch des blauen Schafs“



**Aus dem Internettagebuch von Bodo Ramelow - Eintrag vom 22. November (<http://www.bodo-ramelow.de/tagebuch>):**

Selbst die CDU scheint an unserem Koalitionsvertrag nichts Kritikwürdiges zu entdecken. Anders kann ich es mir zumindest nicht erklären, dass es keine inhaltliche Auseinandersetzung damit gibt, sondern lediglich einige Polemiken geäußert werden.

So erklärte ein Vertreter der Union in der Leipziger Volkszeitung, in Thüringen beginne der lange Marsch der LINKEN auf das Kanzleramt. Der Kollege wollte damit einen Bezug zu China unter Mao Tse-tung herstellen, aber das scheint mir - nicht nur geographisch - doch etwas weit hergeholt. Wirklich einen langen Marsch hinter sich gebracht hat dagegen mein blaues Schaf (ein kleines Kunstwerk,

das die Absurdität von Rassismus deutlich machen soll). Es war am Donnerstag plötzlich verschwunden. Ein ARD-Team war bei mir zu Gast, und wenn Journalisten vorher noch nicht bei mir waren, zeige ich ihnen immer gern den roten Marx und das blaue Schaf vor meiner Bürotür. Am Donnerstag konnte ich ihnen aber nur den Marx zeigen, denn das Schaf war weg. Und es gab keinen Hinweis, wo es verblieben sein könnte.

Als erstes habe ich bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachgefragt, denn unter ihnen befindet sich ein ehemaliger Besitzer echter Schafe, sozusagen ein Experte. Es hatte aber keiner etwas gesehen. Dann sprach ich Freunde aus der Grünen-Fraktion an, denn wenn jemand mein Schaf abtransportiert hätte, wäre er dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit im Flur der Grünen vorbeigekom-

men. Dort wusste aber auch niemand etwas über das blaue Schaf, man gab mir aber den Hinweis, mal in der Staatskanzlei nachzufragen, vielleicht sei es ja schon vorgelaufen.

Nachdem dann eine Sekretärin sich der Sache annahm und eine Rundmail an alle Abgeordneten und Mitarbeiter verschickte, gab es den ersten sachdienlichen Hinweis. Darin hieß es, dass das Schaf mit großer Sicherheit zurückkehren werde, der aktuelle Aufenthaltsort blieb aber im Ungefähren.

Gestern früh war es dann soweit: Das Schaf stand - mit Mütze und Umhängeschild versehen - wieder vor meiner Bürotür. Wie man raunt, hat es an einer kleinen Feierlichkeit der Jugendorganisation einer befreundeten Partei teilgenommen, bei der auf den fertigen Koalitionsvertrag angestoßen wurde. Na gut. Hauptsache es ist wieder da. Schließlich soll es tatsächlich bald mit mir umziehen. ;o)

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.